Gerd Meyer, Ulrich Dovermann,
Siegfried Frech, Günther Gugel (Hrsg.)

Zivilcourage lernen

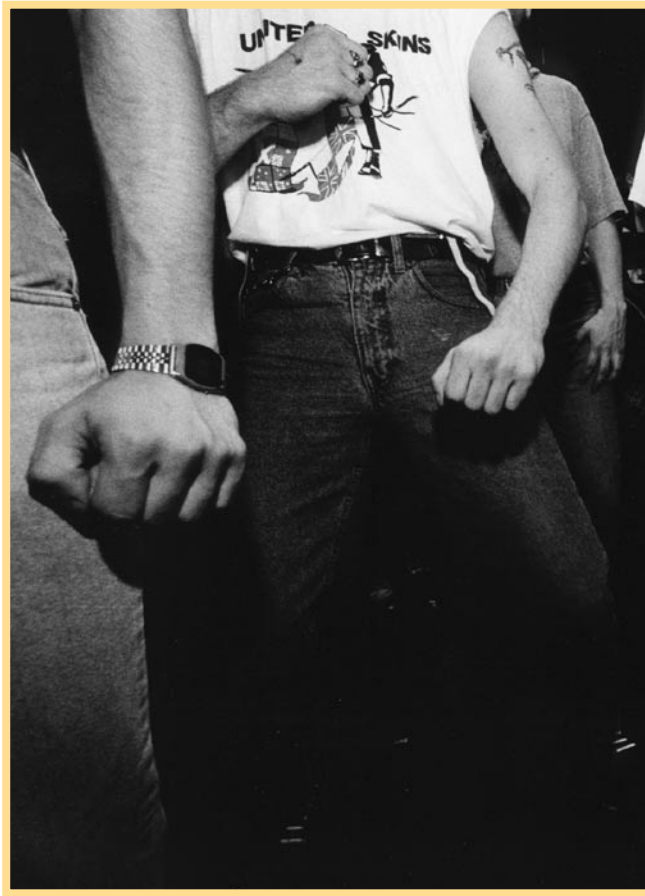
Analysen – Modelle – Arbeitshilfen

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004
ISBN 3-89331-537-3
www.bpb.de

Buchhandelsausgabe:
Institut für Friedenspädagogik Tübingen e. V.
Tübingen 2004
ISBN 3-932444-13-2
www.friedenspaedagogik.de

VOM BUND GEFÖRDERTE PROJEKTE ZU TOLERANZ UND ZIVILCOURAGE

Die Auslöser der bundesweiten Aktionen gegen Rechtsextremismus und Rassismus einerseits sowie für Demokratie und Toleranz andererseits waren der Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge und das „Drama Sebnitz", in dem behauptet wurde, rechtsradikale Schläger hätten einen kleinen Jungen öffentlich, vor hunderten von passiven Zuschauern, im Schwimmbad ertränkt.

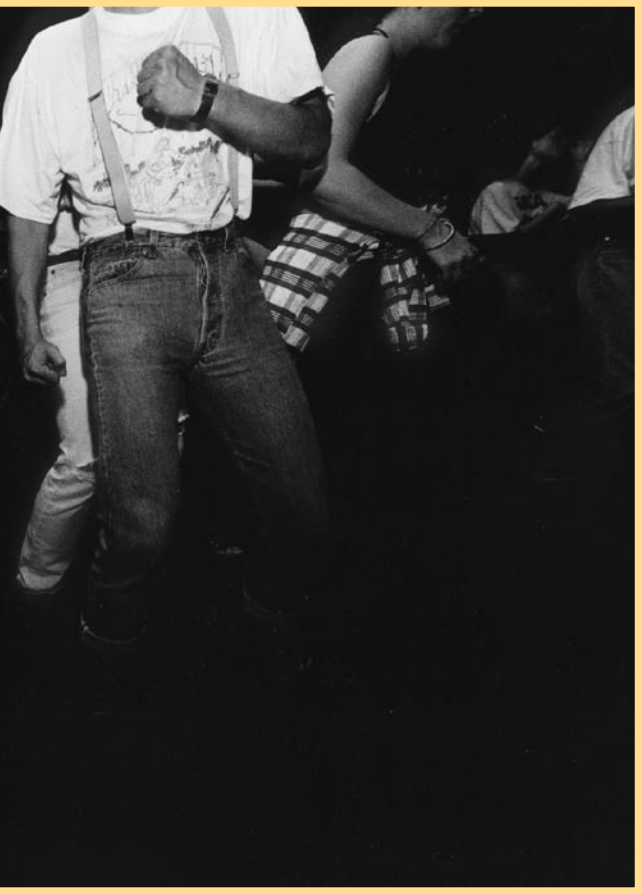


Beides geschah im Sommer 2000. Obwohl weder das eine noch das andere Ereignis letztendlich den Rechtsextremisten zur Last gelegt werden konnte, lösten diese beiden Vorgänge in Politik, Presse und Öffentlichkeit hektische Betriebsamkeit aus. Der Bundeskanzler forderte zum „Aufstand der Anständigen" auf. In Bund, Ländern, Kommunen, bei zahlreichen NGOs und auch in engagierten Bürgerinitiativen wurden „Aktionspläne" entworfen, Lichterketten, Demonstrationen und vieles andere wurde ins Leben gerufen – und ein massiver Aufschwung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten bestätigte, dass es Bedarf für ein gesellschaftliches Vorgehen gegen den Rechtsextremismus gab.

Heute, fast drei Jahre später, stehen die Projekte, Initiativen und Maßnahmen, steht der „Aufstand der Anständigen" in der Kritik. Der Bundespolitik wird vorgeworfen, sie sei nur „symbolisch" angelegt, habe also an wirklichen Ergebnissen des „Aufstandes" gar kein Interesse und sei nur darauf bedacht, „Aktionismus" auszulösen. Den initiierten Bundesprogrammen wird vorgehalten, sie zeigten aus eben diesem Grunde keine ernsthaften Anstrengungen, wissenschaftliche Evaluationen der Maßnahmen zu fördern, sie betrieben keine Vernetzung zwischen den Maßnahmen, die Mitwirkenden in den Projekten würden weder auf ihre Qualifikation hin geprüft noch fände eine Qualifizierung statt. Die ostdeutschen Verhältnisse seien nicht ausreichend berücksichtigt, und vor allem die Langfristigkeit der Projekte sei nicht gewährleistet, so dass flächendeckend ein Versanden der Maßnahmen – von Ausnahmen abgesehen – zu befürchten sei (Roth 2003, 5–10).

In Sachsen-Anhalt kürzte die neu gewählte Landesregierung die Haushaltsmittel für das wichtigste Landesprojekt, das Netzwerk „Miteinander", so stark, dass es dramatisch an Bedeutung verlor. Die Opposition im Bundestag verlangte, man solle die in die „wirkungslosen" Aktionsprogramme investierten Mittel lieber in die allgemeine Jugendarbeit überführen. Der Bundesrechnungshof verlangte kategorisch, man solle „die Programme sofort stoppen und erst fortsetzen, wenn das Ministerium dargelegt hat, wie es den Erfolg der Maßnahmen evaluieren will" (zit. nach Der Spiegel Nr. 11. 2003, 17). Zumindest für das Jahr 2003 konnten die Gelder allerdings noch einmal in der vorgesehenen Höhe durch die Gremien gebracht werden – der nächste Kampf steht im Jahr 2004 an. Diese massive Kritik an den Programmen ist Grund genug, einige Fragen zu erörtern:

- Was hat die Bundespolitik in der Zwischenzeit getan, welche Maßnahmen hat sie ergriffen, welche Strategie verfolgt sie?
- Was liegt den großen Bundesprogrammen zu Grunde, welche Wirkungen sind zu beobachten, und was ist von ihnen als Wirkung zu erwarten?
- Was haben sich die Initiativen und Projekte ein-



Präsenz und soziale Integration wurden gleichermaßen berücksichtigt. Dabei muss hier die soziale Integration mehrdimensional gedeutet werden: als Appell an die Gesamtbevölkerung, als Maßnahmenbündel für die Opfer, als Einbettung des Themas in die gesamtgesellschaftliche Situation. Dazu gehört auch die Einsicht, dass demokratische Kultur, Arbeitsmarktpolitik und Jugendpolitik Beziehungsgeflechte darstellen, die ursächlich für Fehlentwicklungen wie den Rechtsextremismus sein können und deshalb neu bedacht und gestaltet werden müssen. Die Maßnahmen sind vollständig dargestellt im „Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ (Bundesregierung 2002).

Wichtig für den hier zu diskutierenden Zusammenhang ist, dass

- die Maßnahmen immer gleichzeitig „**gegen** den Rechtsextremismus“ und „**für** Demokratie und Toleranz“ stehen;
- in einem weitgespannten Netz verschiedene

fallen lassen, wie wollten und wollen sie „Gegen Rechtsextremismus und für Demokratie“ wirken, was kann man von ihnen erwarten?

DIE BUNDESPOLITIK

Im Sommer 2000, also noch vor dem Beginn des „Aufstandes der Anständigen“, veröffentlichte Hans-Gerd Jaschke eine sehr kurze, aber dennoch höchst wirksame und pointierte Schrift, die für die Programme von höchster Bedeutung war: „Für eine aktivierte Bürgergesellschaft – Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000“ (Jaschke 2000). Eine seiner Thesen lautete:„Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gibt es drei Ebenen – Symbolpolitik, Repression und soziale Integration“ (ebd., 16). Zur Erläuterung fügte der Autor eine Tabelle bei (s. rechts).

Die Bundesregierung zeigte sich über viele Monate hinweg präsent und engagiert. Nicht nur das Wort des Kanzlers vom „Aufstand der Anständigen“ demonstrierte den politischen Stellenwert des Problems Rechtsextremismus. Repression, politische

	Beispiele	Funktion
1. Ebene		
Symbolische Politik, geistig-politische Auseinandersetzung	Demonstrationen, öffentliche Aktionen, Publizistik, Öffentlichkeitsarbeit, Politische Bildung	Betroffenheit, moralische Empörung, Aufklärung und Information, Ächtung des Rassismus, aber auch: Durchsetzung von Gruppeninteressen
2. Ebene		
Repression	Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, Politik der inneren Sicherheit und Gesetzgebung	Gefahrenabwehr, Strafverfolgung, polizeiliche Prävention, Politikberatung über Extremismus, staatliche Drohpotenziale
3. Ebene		
Politik der sozialen Integration	Bildung, Sozialarbeit, Sozial-, Jugend-, Migrations- und Arbeitsmarktpolitik, Politische Bildung	Soziale Integration in die Gesellschaft, Vermittlung von Werten und Fertigkeiten

Politikfelder zusammenwirken: Jugendpolitik, Innenpolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Migrations- und Integrationspolitik, Rechtsprechung;

- der „Aufstand der Anständigen" von Beginn an als zivilgesellschaftliche Aktion gemeint war. Das bedeutet, dass die Abwehr rechtsextremistischer Bestrebungen und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen für eine aktivierte Bürgergesellschaft nur gelingen können, wenn die Gesellschaft insgesamt ihre Kräfte auf diesen Zielkomplex richtet.

DIE BUNDESPROGRAMME

Im Jahr 2001 rief die Bundesregierung das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" ins Leben, das seit Beginn 2002 in den zwei Schienen der Programmteile **Entimon** und **Civitas** weitergeführt wird und – mit degressiver Finanzierung – nach dem Koalitionsvertrag vom Oktober 2002 bis 2006 fortgesetzt werden soll. Außerdem wurden seit 2001 Mittel des Europäischen Sozialfonds für das Programm **Xenos** bereitgestellt.

Auch wenn sich die folgenden Ausführungen auf diese drei Programme konzentrieren, ist darauf hinzuweisen, dass es darüber hinaus noch eine Fülle von Maßnahmen und bundesweiten Projekten gibt, die nicht in diesen Programmen erscheinen. Um nur zwei von vielen zu erwähnen: Vom Bundesinnenministerium wird das seit dem Mai 2000 arbeitende „Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt" unterstützt. Das Bündnis dient allen interessierten Organisationen als Dach, die sich an der Auseinandersetzung aktiv beteiligen wollen. Die Bundesregierung fördert darüber hinaus im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung gemeinsam mit den Ländern das bundesweite Modellprogramm „Demokratie lernen und leben", mit dem insbesondere ein Rahmen für die schulische Komponente der Auseinandersetzung geschaffen ist.

Xenos wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. „Das Programm setzt dort an, wo Menschen gemeinsam arbeiten und lernen: In der Berufsvorbereitung und im Betrieb (...) Gefördert werden lokale Projekte, mobile Beratungsteams und Expertenpools, Initiativgruppen und runde Tische ebenso wie die Beratung bei der beruflichen Orientierung zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und bürgerschaftlichen Engagements" (BMFSFJ o. J., 10).

Civitas hat sich zum Ziel gesetzt, „durch Förderung von Modellprojekten zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie von Modellprojekten zur Beratung von Opfern beziehungsweise potenziellen Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur in den neuen Bundesländern zu stärken" (ebd., 13).

Die Leitlinien für **Entimon** schließlich sehen für die Förderung vor: „Zeitlich begrenzte, modellhafte Projekte mit dem Ziel der Entwicklung, Erprobung, Überprüfung und Weiterentwicklung von Methoden und Konzeptionen der politischen Bildung zur Stärkung von Demokratie und Toleranz und zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" (Leitlinien **Entimon** für das Jahr 2003, 3).

Generell kann man allen Programmen zubilligen, dass sie sehr **offen für experimentelle und innovative Ansätze** sind. Es bestehen nur sehr wenige Einschränkungen dafür, wer einen Antrag stellen kann. Auch in methodischen und inhaltlichen Fragen ist das Programm nicht festgelegt. Schließlich garantiert es die Möglichkeit, die Zusammensetzung der Zielgruppen sehr frei zu gestalten. Die Vielfalt der dann tatsächlich in allen Programmen eingegangenen Projektvorschläge zeigt, dass sich das offene Verfahren bewährt.

Alle Programme erlauben neben den klassischen Instrumenten der politischen Bildungsarbeit auch **Anträge lokaler Netzwerke oder Projekte des interkulturellen Lernens und Zusammenlebens**. Sie sehen auch die Mitarbeit von Migranten und Migrantinnen vor, wobei diese gleichermaßen als Betroffene, als Teilnehmende oder auch als Anbietende in Erscheinung treten können.

Keines der Programme schreibt vor, dass man unmittelbar „gegen faktischen Rechtsextremismus" tätig werden muss. Deshalb ist die latente Forderung der Öffentlichkeit, man müsse sinkende Mit-

gliedszahlen in rechtsextremistischen Organisationen als Leistungsnachweis heranziehen, zur Zeit weder sachgemäß noch angebracht. Das Gesamtkonzept verfolgt andere **Ziele**: Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und zum Auf- und Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen neben klassischen Instrumenten des historisch-politischen Lernens sollen sich auf längere Sicht gegenseitig ergänzen und so im Zusammenwirken zu einer Stärkung der demokratischen politischen Kultur und damit zu einem Abnehmen extremistischer Tendenzen, Haltungen und Meinungen führen.

Sämtliche Programme sind langfristig angelegt. Das meint, dass in allen Programmen auch solche Projekte beantragt und gefördert werden können, die sich über mehrere Jahre erstrecken – auch wenn die Förderungszusage in **Civitas** und **Entimon** für jeweils ein Jahr ausgesprochen wird. Das meint zum anderen, dass die Programme selbst bis 2006 geplant sind, dass es also im Grundsatz nicht jedes Jahr eine erneute Debatte über den Bestand der Programme geben sollte. Damit ist einer wesentlichen Forderung aus den Projekten und aus der Wissenschaft Rechnung getragen worden.

Die Programme legen großen Wert darauf, dass die Projekte ihr Handeln möglichst öffentlich darstellen und die **Kommunikation mit der Öffentlichkeit** suchen. Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit können als Projektmittel beantragt werden. Gewünscht sind konzeptionelle Darlegungen darüber, wie man sich lokal, regional, fachlich oder auch über bestimmte Zielgruppen vernetzen kann und will.

Junge Menschen sind in allen Programmen die vorrangige Zielgruppe. Das sollte man aber nicht dahingehend interpretieren, dass man hier die meisten Täter vermutet. Dass der Rechtsextremismus „aus der Mitte der Gesellschaft" kommt beziehungsweise „in der Mitte der Gesellschaft" Resonanz findet, ist selbstverständliche und unbestrittene Grundlage der Programme. Vielmehr erhoffen sich die Programmverantwortlichen bei den Jugendlichen die größte Zustimmung, das höchste Engagement und also auch die stärkste Wirkung. Alle Programme erlauben daneben aber auch die Arbeit mit erwachsenen Multiplikatoren und mit Netzwerken, die ja meist von Erwachsenen getragen werden.

DIE PROJEKTE

Die meisten Projekte – Ausnahmen gibt es in Xenos-Projekten – laufen erst seit etwa zwei Jahren und mit Unterbrechungen, die durch Haushaltsprobleme entstanden sind. Das ist für die Entwicklung, Planung, Erprobung und Durchführung von solchen Maßnahmen keine lange Zeit, zumal es sich bei den Projektträgern nicht um versierte jugendpolitische Einrichtungen mit funktionierender Logistik handelt. Wenn also in der wissenschaftlichen Beobachtung festgestellt wird: „Die Zahl der (...) geförderten Projekte liegt bei ca. 3.600, und die Zahl der geförderten Einzelmaßnahmen dürfte über zehntausend betragen" (Roth / Lynen von Berg / Benack 2003, 9), dann ist dies eine Anerkennung des Erfolges einer bislang **beispiellosen Mobilisierung von öffentlichem Engagement**. Dabei ist auch zu beachten, dass diese hohe Anzahl von Projekten nur die geförderten Maßnahmen umfasst. Wieviel Maßnahmen ansonsten geplant und anderweitig realisiert wurden, auch wenn sie nicht in den Programmen gefördert werden konnten, wissen wir nicht.

Die relative Offenheit der jeweiligen Programmleitlinien erlaubt es festzustellen, dass die eingegangenen Projektanträge ein zutreffender Spiegel dessen sind, was in der Gesellschaft als Möglichkeit und Defizit in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sowie im Aufbau lebendiger zivilgesellschaftlicher Strukturen angesehen wird. Dafür spricht auch, dass die Projekte neben der stets dominierenden traditionellen Wissensvermittlung eine gewisse Neigung zu kulturell orientierten Projektideen aufweisen: Rap, Rock, Hip-Hop, Theater, Literatur, Medien unter dem Schlagwort „Gegen Rechts" sowie Projekte, die Einsicht in fremde Kulturen vermitteln und so für Toleranz werben. Daneben kamen in der traditionellen kognitiven Seminararbeit in erheblicher Zahl „Trainings" in die Programme, und mit zunehmender Tendenz bewarben und bewerben sich lokale Netzwerke um die Förderungsmittel. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Hinwendung zu beziehungsweise Verwendung von Neuen Medien, wobei einerseits rechte Auftritte im Internet „bekämpft" werden sollten, andererseits aber auch die gegenseitige Vernetzung und Information via Netz das erklärte Anliegen war. Hervorzuheben sind schließlich noch die vielen Aktionstage und Plakataktionen, Aufkleber und Ähn-

liches, deren Zahl aber im Verlauf der Programmzeit abnahm.

Dieser Überblick, so kursorisch er auch ist und hier sein muss, gibt Einblick in die wahrhaft bunte **Vielfalt der Programmrealisierung**. Der so gewonnene Eindruck wird verstärkt, wenn man sieht, dass es Aktionen in allen Bundesländern, in allen Regionen und in allen Bereichen wie Schule, Betrieb, Jugendgruppe, Kirche, Gewerkschaften, Stadtteilen gab und gibt. Und dementsprechend bunt ist auch die Landschaft der Träger. Von der Jugendabteilung eines Fußballvereins bis zum internationalen Begegnungsprogramm, von der Pfadfindergruppe bis zu zentralen Einrichtungen der NGOs, vom örtlichen Kulturverein bis zu bundesweiten Mediennetzwerken reicht das beeindruckende Spektrum. Hochprofessionelle Träger der politischen Bildungsarbeit sind ebenso berücksichtigt, wie engagierte „Amateure". Wenn es gelingt, diesen vielen Beteiligten eine langfristig wirksame und gemeinsame Erinnerung an ihr Engagement zu sichern, und wenn Politik, Wissenschaft, Presse und Öffentlichkeit diese breite und bürgerschaftliche Bewegung ihrem Verdienst entsprechend anerkennen, dann wäre das bereits ein wesentlicher und die zivilgesellschaftlichen Strukturen fördernder Erfolg des Gesamtprogramms.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Desiderate:

- Die Projekte, die sich ganz konkret und direkt an rechtsextremistisch gefährdete Menschen wenden, sind vergleichsweise selten. Das mag daher kommen, dass sich die meisten Projektträger diese schwierige Aufgabe nicht zutrauen. Manche meinen aber auch, dass man mit diesen Leuten ohnehin nicht reden könne. Das ist verständlich, aber es kann im Sinne des Projekts und ebenso gegenüber den Kritikern nur auf Dauer Glaubwürdigkeit und Unterstützung geben, wenn es auch eine aktive und konsequente Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten gibt.
- Neben einigen Mädchen- und Frauenprojekten, die den in allen Programmen geforderten Gender-Aspekt vorrangig berücksichtigen, sollte man auch einige Jungenprojekte erwarten, zumal die Täter nach den einschlägigen wissenschaftlichen Beobachtungen ja in der Masse jung und männlich sind. Das ist aber leider nicht so – der Jungenaspekt fehlt so gut wie ganz.
- Sehr kritisch ist die Beobachtung zu werten, dass partizipatorische Projekte eher die Ausnahme sind – gerade wenn man sich auf zivilgesellschaftliche Zielsetzungen einlässt und langfristig eine verbesserte demokratische Kultur anstrebt.
- Schließlich gibt es die ziemlich einhellige Kritik der begleitenden und beobachtenden Wissenschaft, dass sich die Projekte um ihre Wirksamkeit nicht oder nur wenig kümmern. Evaluationen sind selten und – wenn sie denn vorliegen – eher von begrenzter Aussagekraft. Die Projekte zeigen wenig Neigung, sich mit anderen zu vernetzen und zu vergleichen. Wissenschaftliche Standards werden kaum oder gar nicht berücksichtigt; ein Zwang von Seiten der Programme beziehungsweise der sie finanzierenden Politik wird nicht oder nicht oder nur ungenügend ausgeübt (Lynen von Berg / Roth, 2003; Möller 2003).

ZIVILCOURAGE ALS THEMA DER PROJEKTE, ZUSAMMENFASSUNG

Zivilcourage selbst ist nur ganz vereinzelt das zentrale Thema von Projekten. Von etwa dreihundert ausgewählten Anträgen nehmen nur zehn „Courage" oder „Zivilcourage" in ihren Titel auf, bei weiteren 15 kann man diese Begriffe in den Kurzbeschreibungen finden. Das mag man in einer ersten Sicht kritisieren – die bloße Zahl ist aber im Blick auf die gesamten Projekte als interpretierbare empirische Aussage untauglich. Es scheint vielmehr vielen Einzelprojekten eigen zu sein, dass sie couragiertes und engagiertes Verhalten gewissermaßen als „letztes Ziel" im Auge haben und anstreben, das Ziel an sich aber in ihren Anträgen nicht benennen.

Über die Gründe kann hier nur spekuliert werden. Vielleicht ist man sich über dieses „letzte Ziel" nicht hinreichend klar, vielleicht scheint es manchem auch zu offensichtlich, als dass man es noch erwähnen müsste. Es mag auch sein – und diese Möglichkeit soll hier hervorgehoben werden –, dass viele sich mangels vorhandener wissenschaftlicher Lehr- oder Trainingsentwürfe nicht in der Lage sehen, dieses „letzte Ziel" zu erreichen und man deshalb andere, bescheidenere Ziele angibt.

Das verweist nun auf die Kritik der Wissenschaft, die Programme und Projekte seien wissenschaftsfern und evaluationsscheu. In der Tat sehen sich

viele Projekte im Zustand des Experimentierens, und sie finden für ihre jeweiligen Absichten in der Fachliteratur wenig Beratung. Gerade dieses Buch zur pädagogischen Vermittlung von Zivilcourage entstand ja infolge von Desideraten in der Wissenschaft wie in der politischen Bildung. Im Stadium des Experimentierens besteht zwangsläufig noch eine relative Ungewissheit über die Wirkungen und Nebenwirkungen, und es ist daher legitim, die Ergebnisse der Projekte noch diskret zu behandeln, zumal dann, wenn die Projektfinanzierung des nächsten Schritts noch nicht gewährleistet ist. Aber dieser Zustand der Unsicherheit und der Experimente weicht nach meiner Beobachtung größerer Handlungssicherheit – zumindest bei den längerfristig laufenden Projekten. Und mit den Wiederholungen und Optimierungen der Projekte wird sicherlich auch die Evaluationsbereitschaft und die Qualität der Arbeit steigen.

Die Bundesregierung hat mit dem „Aufstand der Anständigen" zum einen die Gesellschaft angesichts des Rechtsextremismus in die Pflicht genommen. Das bedeutet notwendigerweise aber auch, dass die Politik der Gesellschaft zutraut, einen zentralen Beitrag zur Bewältigung des Problems zu leisten. Dieses Vertrauen liegt den Programmen zugrunde – aber die Projekte brauchen auch eine angemessene Zeit, zu experimentieren, das Notwendige zu erproben und dann zu tun, was am Ende das Vertrauen rechtfertigen wird.

LITERATUR

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Leitlinien zur Umsetzung des Programms „entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus" – für das Jahr 2003, Berlin 2003 (www.entimon.de).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Rechtsextremismus unter Jugendlichen. Auszug aus der Großen Anfrage der Bundestagsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zukunft gestalten – Kinder und Jugendliche stärken", Berlin 2001.

Bundesregierung: Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt, Berlin (Drs.14/9519) 14. Mai 2002.

Jaschke, Hans-Gerd: Für eine aktivierte Bürgergesellschaft – Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000, Mainz (Landeszentrale für politische Bildung, Rheinland-Pfalz) 2000.

Lynen von Berg, Heinz / Roth, Roland (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen 2003.

Möller, Kurt: Aktuelle politische Programme und Aktivitäten der pädagogischen sozialarbeiterischen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – eine kritische Zwischenbilanz. In: Lynen von Berg / Roth: Maßnahmen und Programme, Opladen 2003.

Roth, Roland: Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Unter Mitarbeit von Anke Benack, Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung) 2003.

Roth, Roland / Lynen von Berg, Heinz / Benack, Anke: Programme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Fragen und Anmerkungen zu ihrer wissenschaftlichen Begleitung. In: Lynen von Berg / Roth: Maßnahmen und Programme, Opladen 2003.